

Mehr Geld für Agglomerationen

850 Millionen für Verkehrsprojekte – Bedenken wegen Kompensationspflicht

Der Ständerat will zugunsten dringlicher Strassen- und Bahnprojekte 850 Millionen Franken in den Infrastrukturfonds einschliessen. Wie die Mittel im Bundeshaushalt kompensiert werden, bleibt offen.

Beat Waber, Bern

Die kleine Kammer hat zwei Tranchen von Verkehrsprojekten und die dafür nötigen Kredite einstimmig und ohne Abweichung vom Antrag des Bundesrats genehmigt. Für die Beseitigung von Engpässen im Nationalstrassennetz sowie für Verkehrsprojekte in Agglomerationen gab er je gut 1,5 Milliarden Franken frei. Der Rat folgte Kommissionspräsident Christoffel Brändli (Graubünden, svp.), der mahnte, jede Änderung würde die Vorlagen aus dem Gleichgewicht bringen. Basler und Zür-

cher Vertreter zogen Anträge für Aufstockungen wieder zurück.

Weil die Projektlisten lang sind und von den Kantonen ständig noch verlängert werden, wollte der Ständerat aber dennoch ein Zeichen setzen. Die Verkehrskommission hatte eine Vorlage vorbereitet, wonach der Infrastrukturfonds, aus dem Autobahn- und Agglomerationsprojekte bezahlt werden, mit weiteren 850 Millionen Franken gespeist werden soll. Dies soll Liquiditätengpässe verhindern. Das Geld stammt zwar aus zweckgebundenen Einnahmen (Mineralölsteuer, Autobahnvignette); theoretisch verfügt der Bund daraus über Reserven. Aber eben nur theoretisch – praktisch sind die Mittel längst ausgegeben und müssen neu beschafft werden. Das war schon bei der Gründung des Infrastrukturfonds so, der 2008 mit einer ersten Einlage von 2,6 Milliarden geöffnet worden war. Seither ist indes die Schuldenbremse erweitert worden, so dass nun auch Sonder-

ausgaben erfasst werden; sie sind innert sechs Jahren durch Einsparungen im ordentlichen Budget zu kompensieren.

Dies sorgte bei Ständeräten der FDP und der CVP, welche die komplizierten buchhalterischen Verstrickungen durchschauten, zu Recht für Stirnrunzeln. Der Bundesrat arbeite bereits an einem Sparprogramm von jährlich 1,5 Milliarden Franken; dieses müsste nun noch aufgestockt werden, erklärten sie. Mit 23 zu 13 Stimmen obsiegte jedoch der Kommissionsantrag für 850 Millionen gegenüber einem bescheideneren Vorschlag für 570 Millionen.

Verkehrsminister Moritz Leuenberger unterstützte ebenfalls den höheren Betrag. Und er sagte auch gleich, was er von finanzpolitischer Disziplin hält: Er würde «raten, diese Sparbarrieren einmal aufzutun». Doch das könne man dann «zwischen 2013 und 2014 machen» – also wenn Leuenberger selber nicht mehr im Amt ist und nach Kompensationen suchen muss.